

Per Mail: triage@sepos.admin.ch

Bern, 20. März 2026

Sicherheitspolitische Strategie der Schweiz 2026

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zur obengenannten Vernehmlassungsvorlage Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir Ihnen bestens.

Die Sicherheitspolitische Strategie der Schweiz 2026 legt die Leitlinien, Ziele und Massnahmen der Schweizer Sicherheitspolitik in einem deutlich verschlechterten internationalen Umfeld fest. Der Krieg in Europa, hybride Bedrohungen, geopolitische Spannungen sowie wachsende wirtschaftliche und technologische Abhängigkeiten erhöhen den sicherheitspolitischen Handlungsbedarf. Die Strategie definiert drei Stossrichtungen mit zehn Zielen und über 40 Massnahmen zur Stärkung der Resilienz, der Verteidigungs- und Abwehrfähigkeiten sowie der internationalen Zusammenarbeit. Sie verfolgt einen umfassenden Ansatz, der Bund, Kantone, Wirtschaft und Gesellschaft einbezieht, um die innere und äussere Sicherheit sowie die Handlungsfähigkeit und Souveränität der Schweiz nachhaltig zu sichern.

Position Die Mitte:

Umfassende Sicherheit – verantwortungsvoll finanziert

Die Sicherheitspolitische Strategie 2026 (Sipol S) analysiert schonungslos die erhebliche Verschlechterung im sicherheitspolitischen Umfeld der Schweiz. Sie zeigt wie Bedrohungen und Gefahren gleichzeitig und in Kombination auftreten können und zieht nach Ansicht der Mitte daraus die angemessenen sicherheitspolitischen Schlüsse in der Form der drei Stossrichtungen: (1) Resilienz stärken, (2) Abwehr und Schutz verbessern, (3) Verteidigungsfähigkeit erhöhen. Die Mitte begrüsst dieses ganzheitliche und weitsichtige Strategiepapier. Die Mitte macht nachfolgend vier übergeordnete Bemerkungen und nimmt anschliessend zu konkreten Punkten der Strategie Stellung.

Erstens: Sozialverträgliche Mehrwertsteuer-Erhöhung zugunsten der Sicherheit

Rund 50 Tage nach Verabschiedung der vorliegenden Strategie traf der Bundesrat Ende Januar 2026 einen weiteren richtungsweisenden Entscheid für die Sicherheit der Schweiz. Mit einer befristeten, zweckgebundenen Erhöhung der Mehrwertsteuer kombiniert mit einem verschuldungsfähigen Fonds soll die Finanzierung von Armee sowie zivilen Bundesämtern gestärkt und notwendige Rüstungsausgaben gesichert werden. Am 6. März hat der Bundesrat die Vernehmlassung dazu eröffnet. Die Mitte begrüsst diesen Entscheid, weil die vorgeschlagene Lösung die Schuldenbremse respektiert und Volk und Ständen das letzte Wort einräumt. Damit wird die demokratische Legitimation der Sicherheitspolitik erhöht, was nicht zuletzt zu einer Stärkung der Resilienz und zu einer Schärfung des Bewusstseins, im Sinne von Stossrichtung 1 und Ziel 1 der vorliegenden Strategie, beiträgt. Die Mitte wird sich für eine sozialverträgliche Ausgestaltung der Erhöhung der Mehrwertsteuer einsetzen und entsprechende Vorschläge machen.

Zweitens: Stärkung der Verteidigungsfähigkeit und der inneren Sicherheit

Für Die Mitte ist klar: Die Armee muss wieder auf die Verteidigung ausgerichtet werden. Ihre Alimentierung in personeller, materieller und finanzieller Hinsicht muss gestärkt werden. Die Mitte unterstützt dabei den risikobasierten Ansatz des Bundesrates, welcher die Luftverteidigung sowie den Schutz vor hybriden Angriffen

prioritär angehen will. Gleichzeitig gilt es, auch die innere Sicherheit in enger Zusammenarbeit mit den Kantonen und Gemeinden zu stärken. Auf Bundesebene müssen die zivilen Ämter mit sicherheitsrelevanten Aufgaben auf die veränderte Bedrohungslage ausgerichtet und angemessen alimentiert werden. Von immenser Wichtigkeit ist nach Ansicht der Mitte auch, dass die kritischen Infrastrukturen gegen Angriffe und Störungen – auch speziell aus dem Cyberraum – gewappnet sind.

Die Mitte unterstreicht ebenfalls die Notwendigkeit einer kontinuierlichen Stärkung der internationalen Kooperation in Sicherheits- und Verteidigungsfragen – insbesondere mit unseren Nachbarstaaten und der Europäischen Union. Die Schweiz muss sich bei einem drohenden Angriff gemeinsam mit Partnern verteidigen können. Damit dies einem potenziellen Gegner glaubwürdig signalisiert werden kann, sind mehr gemeinsame Übungen und eine verstärkte Interoperabilität mit den Partnerstaaten unabdingbar. Die Mitte betont diesbezüglich, dass dem Abschluss eines *Security and Defence Partnership* (SDP) mit der EU mit anschliessender Teilnahme am Finanzierungsinstrument *Security Action for Europe* (SAFE) hohe Priorität einzuräumen ist. Dies würde nicht zuletzt der sicherheitsrelevanten Technologie- und Industriebasis (STIB) eine echte Perspektive bieten. Und für Die Mitte ist es eindeutig, dass eine exportfähige STIB eng mit der Verteidigungsfähigkeit und damit der Sicherheit der Schweiz verbunden ist.

Drittens: Zukünftig ein stärkerer Beitrag an die Sicherheit der Schweiz und Europas

Die vorgeschlagenen Massnahmen des Bundesrates, allen voran die Erhöhung der Ausgaben für die Sicherheit und die potentielle Erhöhung der MwSt hierfür, begrüsst Die Mitte ausdrücklich. Sie sind geeignet, die Verteidigungs- und Durchhaltefähigkeit zu stärken und so zukünftig einen stärkeren Beitrag an die Sicherheit der Schweiz und Europas zu leisten. Dies im Wissen darum, dass andere relevante europäische Länder bereits heute zwei Prozent ihres Bruttoinlandproduktes in die Sicherheit investieren und zukünftig sogar Ausgaben bis zu 3.5 Prozent anstreben.

Viertens: Integration der Dimension Weltraum

Die Mitte stellt fest, dass die Strategie den Weltraum zwar als mögliches Konfliktfeld erwähnt (S. 19), daraus jedoch keine operativen Konsequenzen ableitet. Weder Ziele noch Massnahmen betreffen Weltraumfähigkeiten, obwohl Weltrauminfrastruktur eine zentrale Voraussetzung moderner Operationen ist (Kommunikation, Navigation, Aufklärung, Frühwarnung). Die Schweiz ist in diesen Bereichen vollständig von ausländischen Kapazitäten abhängig.

Die Mitte begrüsst die Schaffung des Kompetenzzentrums Weltraum der Armee und die „Gesamtkonzeption Weltraum“. Diese muss jedoch in die Sipol S integriert und angemessen finanziert werden. Die Schweiz verfügt über starke industrielle und wissenschaftliche Weltraumkompetenzen (Beyond Gravity, ETH, Universitäten und Start-Ups), die stärker genutzt werden sollten. Daher fordert Die Mitte, den Weltraum als strategische Dimension in der Sipol S zu verankern und europäische Partnerschaften auszubauen.

Konkrete Bemerkungen und Anpassungsvorschläge

M2 Bekämpfung von Beeinflussungsaktivitäten und Desinformation

Die offenen Debatten von Demokratien sind attraktive Ziele für breit angelegte Desinformationskampagnen und ausländische Beeinflussungsaktivitäten. Diese tragen wesentlich zur politischen und gesellschaftlichen Polarisierung bei, indem sie bestehende Bruchlinien gezielt ins Visier nehmen und darauf abzielen, den Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Landesteilen, den Generationen, den sozialen Schichten sowie zwischen Stadt und Land zu schwächen. Besonders in der Schweiz, wo die Politik mehrmals jährlich von der Stimmbevölkerung aktiv gestaltet wird, hat Desinformation ein erhebliches Schadenspotenzial.

Die Mitte teilt deshalb die Einschätzung, dass der Stärkung der Resilienz und der Eindämmung politischer Polarisierung grosse Bedeutung zukommt – zugunsten von Konsensfindung, gesellschaftlichem Zusammenhalt und politischer Stabilität. Bei der Verbreitung von Desinformation kommt digitalen Plattformen eine tragende Rolle zu, wie der Bundesrat im Bericht «Beeinflussungsaktivitäten und Desinformation» in Beantwortung des Postulats 22.3006 SiK-N auf Seite 8 festhält.

Trotz dieser Erkenntnis schlägt der Bundesrat im kürzlich vernehmlassenen neuen Gesetz über Kommunikationsplattformen und Suchmaschinen (KomPG) keine griffigen Instrumente für die Bekämpfung von Desinformationskampagnen vor – er erwähnt Begriffe wie Desinformation, Fake News oder Propaganda darin nicht einmal. Die Mitte bezweifelt daher, dass das KomPG in dieser Form «Beeinflussungsaktivitäten und ihre Wirkung einzudämmen» (Massnahme 2; S. 38) vermag. Die Mitte hatte dies in ihrer entsprechenden [Vernehmlassungsantwort](#) bereits beanstandet und unterstreicht ihre Forderung nach einem wirksamen Instrumentarium gegen Desinformationskampagnen.

Die Mitte fordert, dass die Strategie alternative oder ergänzende Massnahmen vorsieht, falls das KomPG nicht gestärkt wird, damit Ziel 1 nicht auf einem unzureichenden Instrument beruht.

Zudem stellt Die Mitte fest, dass die Strategie ihre Analyse von Beeinflussungsaktivitäten auf bestimmte staatliche Akteure konzentriert, hauptsächlich Russland und China. Ein glaubwürdiger Ansatz zur Bekämpfung von Beeinflussungsaktivitäten muss jedoch umfassend sein und sämtliche Quellen der Einflussnahme berücksichtigen, die geeignet sind, die öffentliche Debatte in der Schweiz zu polarisieren – unabhängig von den diplomatischen Beziehungen.

Schliesslich stellt Die Mitte fest, dass ein Verweis auf den Schutz der kognitiven Integrität der Bürgerinnen und Bürger fehlt, obwohl das Parlament diesen Schutz im September 2024 in den Eckwerten zur Ausrichtung Armee (24.025) verankert hat. Die Mitte fordert daher, dass Ziel 1 die kognitive Integrität ausdrücklich aufnimmt und spezifische Massnahmen sowie Kompetenzen entwickelt werden, um die Denkfreiheit der Bürgerinnen und Bürger gegenüber algorithmischer Manipulation zu schützen.

M6 Erhöhung der Informationssicherheit der Bundesbehörden (in Kombination mit M12)

Die Stärkung der Digitalen Souveränität der Schweiz ist der Mitte ein wichtiges Anliegen (siehe Po. Z'graggen 22.4411. *Strategie Digitale Souveränität der Schweiz* oder Motionen Juillard 24.3209 & Chappuis 24.3363. *Für eine souveräne digitale Infrastruktur in der Schweiz im Zeitalter der künstlichen Intelligenz*). Spätestens seit der Sperrung des E-Mail-Kontos des Chefanklägers des Internationalen Strafgerichtshofs durch Microsoft ist dann auch klar, dass mit Software Machtpolitik betrieben wird. Unter diesem Gesichtspunkt begrüsst Die Mitte, dass der Bundesrat Massnahmen gegen Sicherheitsrisiken und gegen technologische Abhängigkeiten bei Lieferanten ergreifen will. Diesbezüglich empfiehlt Die Mitte, bei den laufenden Arbeiten unter Ziel 4 die Machbarkeitsstudie der Bundeskanzlei zur Büroautomation mit Open-Source-Software (PoC BOSS) ebenfalls aufzuführen.

M14: Stärkung von Knowledge Security:

Die Schweiz ist Heimat von erstklassigen Universitäten und Hochschulen und Teil von international eng verflochtenen Forschungsnetzwerken. Das Risiko der Weitergabe von sicherheitspolitisch relevantem Wissen an unerwünschte Endempfänger ist dabei real und muss kontinuierlich mit angemessenen Massnahmen begegnet werden. Nach Ansicht der Mitte gilt es, in Studiengänge, welche einen potenziell militärischen Nutzen aufweisen, bei der Zulassung von Studierenden aus Risikoländern Sicherheitsprüfungen durchzuführen. Hierfür sei auf die eingereichte Motion Nause 25.3315. *Schutz vor Wissenschaftsspionage. Flächendeckende Sicherheitsprüfungen im Hochschulbereich* verwiesen.

Ziel 7: Robuste innere Sicherheit

Die Mitte misst der Stärkung der inneren Sicherheit eine zentrale Bedeutung bei. Sie steht gleichzeitig an mehreren Fronten unter Druck: zunehmende Cyberkriminalität, die Ausbreitung mafiaähnlicher Organisationen, wiederkehrender Gewaltextremismus, hohes Aufkommen ausländischer Nachrichtendiensttätigkeit sowie latente Terrorgefahr durch radikalisierte Einzeltäter. Und dies sind nur einige Beispiele. Es gilt aus Sicht der Mitte, den Nachrichtendienst und die Strafverfolgungsbehörden aller Staatsebenen zu stärken sowie deren Zusammenarbeit kontinuierlich zu verbessern. Die Mitte begrüsst in diesem Zusammenhang die Verabschiedung des revidierten Nachrichtendienstgesetzes, der Nationalen Strategie zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität sowie die Eröffnung der Vernehmlassung zur Verbesserung des polizeilichen Informationsaustauschs (insb. POLAP).

Die Mitte nimmt zur Kenntnis, dass unter dem Ziel 7 bei den laufenden Arbeiten auf Seite 51 auf die überwiesene Motion 23.3969 der APK-N verwiesen wird. Entgegen der Wortwahl des Bundesrates an dieser Stelle, verlangt die Motion jedoch nicht eine Klärung des «Umgangs» mit russischen und anderen ausländischen Spionen, sondern deren konsequente Ausweisung. Auch die GPDeI warnt in ihrem Bericht für das Jahr 2025 davor, dass die Schweiz zu einem «Hotspot» für Spionage werden könnte. Dies liege unter anderem daran, dass das EDA «in einer relevanten Zahl von Fällen» den Empfehlungen des NDB zur Ablehnung von Postenanträgen keine Folge leistet. Die Mitte erneuert deshalb die Forderung an den Bundesrat – und insbesondere an das EDA – den klaren Auftrag des Motion 23.3969 aus dem Parlament umzusetzen.

Ziel 8: Leistungsfähiger Bevölkerungsschutz für Bedrohungen und Gefahren

Die Mitte unterstützt die Massnahmen zur Stärkung des Bevölkerungsschutzes. Speziell hervorzuheben sind dabei die Sicherstellung der personellen Alimentierung (M33) sowie die Sicherung einsatzbereiter Schutzbauen (M30).

Die Mitte hebt hervor, dass hybride Konflikte bewusst unterhalb der Schwelle eines militärischen Einsatzes geführt werden. Dadurch stünde das System des Bevölkerungsschutzes über längere Zeit an vorderster Front. Die Sipol S sollte diese Realität ausdrücklich anerkennen und daraus Konsequenzen ziehen, insbesondere durch den Aufbau neuer Kompetenzen für den Bevölkerungsschutz im Umgang mit hybriden Bedrohungen, etwa für Einsätze in einem beeinträchtigten digitalen Umfeld, zur Stärkung der Informationsresilienz sowie zur psychologischen Unterstützung in langanhaltenden Krisen.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Die Mitte

Sig. Philipp Matthias Bregy
Präsident Die Mitte Schweiz

Sig. Blaise Fasel
Generalsekretär Die Mitte Schweiz